Thüringer Landtag **Vorlage 5/**
5. Wahlperiode
Fraktion DIE LINKE

24.10.2013

An den
Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit
Herr Vorsitzender Gerold Wucherpfennig

- im Hause -

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN gemäß § 74 Abs. 2 GO

Zur Situation der „gestrandeten" jungen Spanierinnen und Spanier und Einschätzungen bezüglich möglicher Verantwortlichkeiten

Die Landesregierung wird gebeten

I. über den aktuellen Stand bezüglich der Situation der jungen Spanierinnen und Spanier zu berichten, die aufgrund falscher Versprechungen nach Thüringen gekommen sind.
Dabei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Wie viele der Betroffenen haben inzwischen einen Ausbildungs- oder Praktikumsvertrag bzw. eine sozialversicherungspflichtige Festanstellung erhalten?
- In welchen wirtschaftlichen Bereichen und Unternehmen sind die entsprechenden Anstellungen erfolgt?
- Welche Rolle spielen die von den Betroffenen mitgebrachten Qualifikationen bei ihrer Vermittlung?
- Welche Kenntnis hat die Landesregierung bezüglich der Frage, ob die geschlossenen Verträge den Maßstäben Guter Ausbildung und Arbeit gerecht werden?
- Wie viele der Betroffenen nehmen an einem Deutschkurs, ggf. berufsbegleitend, teil?
- Wie gestaltet sich nach Kenntnis der Landesregierung die derzeitige Unterbringung, Versorgung und Unterstützung der Betroffenen?
- Welche Früchte hat das seitens des „Welcome Center Thuringia" ausgerufene Patenschaftsprogramm bisher getragen?
- Welche Rolle spielt die LEG im Prozess der vertraglichen Ausgestaltung des Einsatzes der spanischen Jugendlichen?
- Wie ist derzeitige Stand der Antragsbearbeitung im Rahmen des Förderprogramms „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa" (MobiPro-EU) durch die zuständigen Zentralen Auslands- und Fachvermittlungen (ZAV) der Arbeitsagentur?
- In wie vielen Fällen wurden durch die ZAV bereits Anträge bewilligt? Gab es Ablehnungen von gestellten Anträgen? Wenn ja, aus welchen Gründen?
- Gibt es Überlegungen seitens der Landesregierung, wie die entstandenen Kosten der Betroffenen, welche zwischen Anreise und Praktikums-/Ausbildungsbeginn entstanden sind und nicht durch MobiPro-EU gefördert werden können, nachträglich ausgeglichen werden können?

II. Stellung zu nehmen, bezüglich ihrer Erkenntnisse zur Verantwortung verschiedener Akteure in diesem Fall und möglichen Konsequenzen daraus.
Dabei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um eine Wiederholung einer solchen Situation zu verhindern?
- Inwieweit steht die Landesregierung im Kontakt mit der Bundesregierung, um mögliche Fehlanreize im Rahmen von MobiPro-EU, die ggf. zur thematisierten Situation beigetragen haben, zu diskutieren und diesbezüglich Änderungen anzuregen?
- Wie beurteilt die Landesregierung das explizite Verhalten der privaten Erfurter Arbeitsvermittlungsfirma X-Job?
- Ist der Landesregierung bekannt, ob diese weiterhin in Spanien für Fachkräfte wirbt?
- Welche rechtlichen Schritte hat die Landesregierung ggf. gegen die Firma X-Job unternommen bzw. sind zu erwarten?
- Wie ist der aktuelle Kenntnisstand der Landesregierung bezüglich der Verbindungen zwischen der Firma X-Job und dem Thüringer Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA Thüringen), insbesondere angesichts der mehrseitigen Annonce im Newsletter der DEHOGA Thüringen „Aktuell“ vom Mai 2013 (s. Anlage)?
- Hält es die Landesregierung angesichts ihrer Erkenntnisse auch im Nachgang für das richtige Signal, Pressekonferenzen und Beratungen in den Räumlichkeiten der DEHOGA Thüringen zu diesem Thema abzuhalten, obwohl der angeführte Newsletter es nahelegt, dass die DEHOGA Thüringen von dem Vorgehen der Firma X-Job wenigstens Kenntnis hatte?
- Was unternimmt die Landesregierung, um künftig ähnliche Aktionen zu vermeiden und ausländische Arbeitskräfte nur nach gesicherten Mindeststandards nach Thüringen zu holen?
- Welche Institutionen sind hierfür gezielt zu stärken?
- Inwiefern ist es aus Sicht der Landesregierung notwendig und möglich, eine zentrale Anlaufstelle des Freistaates auf ähnlich gelagerte Fälle vorzubereiten?
- Wie bewertet die Landesregierung den Einfluss der Vorfälle auf das Image des Freistaates und welche Schritte gedenkt die Landesregierung zur Imagepflege in Reaktion auf den aktuellen Fall zu unternehmen?

Begründung:

Die Situation der knapp 130 jungen Spanierinnen und Spanier, die mittels falscher Versprechen nach Thüringen geholt wurden, hat zu Recht für großes Aufsehen gesorgt. Auch nach einer Reihe von Notlösungen und dem Engagement vieler Personen, Vereine und Verbände bleiben offene Fragen bestehen. Deshalb gilt es, neben der endgültigen Klärung der Situation der Betroffenen, schnellstmöglich weitere Schritte zu unternehmen, um eine mögliche Wiederholung zu verhindern und auszuschließen.

Unterstützung des Antrags gemäß § 74 Abs. 2 Satz 1 GO:





Ina Leukefeld Manfred Hellmann Dieter Hausold



Knut Korschewsky Anja Siegesmund